



BUNDESARBEITSGERICHT Beschluss vom 19.7.2005, 3 AZR 502/04 (A)

Begriff der Betrieblichen Altersversorgung - Wahl des Versicherungsträgers bei Entgeltumwandlung

Tenor

Der Kläger hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Gründe

- I. Die Parteien haben darüber gestritten, ob der Kläger von der Beklagten verlangen kann, dass Entgeltanteile für einen Versicherungsvertrag bei der G Lebensversicherung AG verwendet werden.

Der Kläger ist bei der Beklagten, die ca. 300 Mitarbeiter beschäftigt, als Computerspezialist tätig. Er verlangte von ihr, einen Teil seines Arbeitsentgelts für eine Direktversicherung zu verwenden. Das Vertragsangebot dieser Versicherung sah einen jährlichen Versicherungsbeitrag von 1.752,00 Euro, einen Versicherungsbeginn am 1. Dezember 2002, einen Rentenbeginn vom 1. Dezember 2017, eine garantierte Rente von 144,45 Euro sowie eine Rente von 195,67 Euro inklusive nicht garantierter Überschussanteile und eine nicht dynamisierte Rente einschließlich solcher Überschussanteile von 267,92 Euro vor. Als Kapitalabfindung sollten 31.072,00 Euro garantiert sein und die Kapitalzahlung einschließlich nicht garantierter Überschussanteile 42.098,00 Euro betragen. Zudem war eine Rentenmindestlaufzeit von 15 Jahren vorgesehen. Dieses Angebot beruhte darauf, dass der Kläger schon länger bei der G Kunde ist.

Die Beklagte lehnte das Begehren des Klägers ab und bot stattdessen eine Versicherung bei der A Lebensversicherung im Rahmen eines Gruppenversicherungsvertrags an. Zwischen den Parteien ist streitig geblieben, welches Angebot günstiger war.

Im vorliegenden Verfahren hat der Kläger verlangt, die Beklagte zu verpflichten, ihre Zustimmung zum Abschluss einer Direktversicherung durch Gehaltsumwandlung des Klägers bei der G Direktversicherung zu erteilen.

Das Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen. Die dagegen gerichtete Berufung hat das Landesarbeitsgericht zurückgewiesen. Ein Abschluss entsprechend dem vom Kläger bei der G Lebensversicherung AG eingeholten Vertragsangebot war bereits während des Laufes des Verfahrens in den Tatsacheninstanzen nicht möglich. Während des Laufes des Revisionsverfahrens hat sich der Kläger zur Wahrung von Steuervorteilen entschlossen, dem Abschluss einer Direktversicherung bei der A Lebensversicherung auf der Basis des von der Beklagten vereinbarten Gruppenversicherungsvertrags zuzustimmen. Nachdem er ursprünglich im Revisionsverfahren seinen Klageantrag weiterverfolgt hat, hat er in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat das Verfahren für erledigt erklärt. Die Beklagte hat sich der Erledigterklärung angeschlossen.

- II. Nachdem die Parteien das Verfahren für erledigt erklärt haben, ist über die Kosten des Rechtsstreits unter Berücksichtigung des bisherigen Sach- und Streitstandes nach billigem Ermessen durch Beschluss zu entscheiden (§ 91a Abs. 1 ZPO). Danach hat der Kläger die Kosten des Verfahrens zu tragen, da er im Revisionsverfahren unterlegen wäre.



Diese Ausführungen wurden mit großer Sorgfalt zusammengestellt und stellen die Einschätzung der Bundes-Versorgungs-Werk BVW GmbH da. Aktuelle Erlasse, Gesetze sowie die einschlägige Rechtsprechung können jedoch dazu führen, dass Änderungen eintreten. Aus diesem Grunde kann für die Richtigkeit keine Haftung übernommen werden. Es wird empfohlen, im Zweifelsfall einschlägige Spezialisten zu Rate zu ziehen.

Weitere Urteile aus dem Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht finden sie auf <http://www.bvw-gmbh.de/rechtliches/>
